

Postulat

von Gregor Bucher (Grüne)
und Daniel Leupi (Grüne)

GR Nr. 2005/ 194

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er in eigener Zuständigkeit und bei Betrieben auf Stadtgebiet Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern eine Erstanstellung als ausgebildete Fachperson im Umfang von jeweils mindestens einem Jahr ermöglichen kann. Dementsprechend soll der Stadtrat prüfen, wie er Firmen und Dienstabteilungen, welche ihren LehrabgängerInnen eine Anstellung im Betrieb ermöglichen, besondere Unterstützung und Bevorzugung zukommen lassen kann, dies im Gegensatz zu jenen, welche keinen derartigen Beitrag gegen die Jugendarbeitslosigkeit leisten.

Begründung:

Nach der grossen Hürde, einen Ausbildungsplatz zu finden, folgt im Anschluss an den Lehrabschluss oft die traurige Erfahrung, dass für die selbständige Anwendung des Erlernten keine Stellen zur Verfügung stehen. Oft wird für eine Anstellung Berufserfahrung in einem selbstverantworteten Aufgabenbereich verlangt.

Wenn die Lehrstellenplanung eine Weiterbeschäftigung im Anschluss an den Lehrabschluss von mindestens einem Jahr vorsieht und diese Tätigkeit einen eigenverantwortlichen Aufgabenbereich betrifft, können diese Lehrabgänger/innen Berufserfahrung sammeln und später auf dem Arbeitsmarkt ausweisen.

